

# Stellungnahme

**Dr. Mathias Grau,  
stellvertretender Vorstandsvorsitzender des  
Landesapothekerverbandes Niedersachsen e.V. (LAV)**

## *Es gilt das gesprochene Wort –*

Die Apotheken in Niedersachsen stehen unter einem massiven, wirtschaftlichen Druck. Seit 2013 erhalten die Apotheken für verschreibungspflichtige Arzneimittel ein Fixhonorar in Höhe von 8,35 Euro. Dazu kommt eine prozentuale Marge in Höhe von drei Prozent. Abgezogen wird ein „Zwangsrabatt“, der an die Krankenkassen zu leisten ist.

Da dieser Rabatt zuletzt durch die Ampel-Koalition angehoben wurde, befindet sich die Vergütung auf dem Honorarniveau von 2004. Wir sind der einzige Sektor im Gesundheitssystem, bei dem es zu einer solchen Kürzung gekommen ist. Zugleich sind die Kosten der Apotheken um mehr als 60 Prozent gestiegen und die Inflation um knapp 30 Prozent.

Das Apothekenhonorar ist gesetzlich festgeschrieben und wird nicht wie bei allen anderen Sektoren im Gesundheitswesen regelmäßig angepasst. Die Vergütung der Apotheken ist damit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Die gestiegenen Kosten können nicht weitergereicht werden.

Diese Entwicklung führt dazu, dass immer mehr Apotheken in Niedersachsen aus wirtschaftlichen Gründen schließen müssen. Neugründungen werden aufgrund der Rahmenbedingungen für den Nachwuchs immer unattraktiver. Was fehlt, ist mehr Geld im System. Das haben wir ausdrücklich im November im Rahmen von Protesten eingefordert.

Das BMG plant nun lediglich eine Umverteilung des Apothekenhonorars. Doch dies bedeutet, dass kein weiteres Geld in das System kommt. Das wird das Apothekennetz schwächen, da die Gelder dann an anderer Stelle fehlen werden. Statt einer Eins-zu-Eins-Umverteilung des Honorars benötigen die Apotheken in Niedersachsen eine nachhaltige, finanzielle Aufwertung des gesamten Systems, um weiterhin verlässlich diese großartige Qualität leisten zu können.

Dies aber beinhalten die Pläne nicht. Der Fachkräfte- und Nachwuchsmangel und die damit verbundenen Apothekenschließungen scheinen politisch gewollt zu sein.

Die Auswirkungen dieses Gesetzentwurfs auf die Apotheken in Niedersachsen sind schon jetzt absehbar. Die Leidtragenden werden die Menschen in Niedersachsen sein. Es muss mehr Geld ins System, damit die Apotheken investieren und planen können. Passiert das nicht, bedeutet das für Niedersachsen, dass die Apothekenzahl weiter zurückgeht. Wichtige Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden gehen verloren, ebenso die Umsatz- und Gewerbesteuern.

Das BMG sollte deshalb von den apotheken- und patientenfeindlichen Plänen schnellstmöglich ablassen und das Potential der Apotheken erkennen und stärken.

Wir werden deshalb vehement gegen den absurden Gesetzesentwurf und somit für eine verbesserte Gesundheitsversorgung für die Patientinnen und Patienten kämpfen!

**Mehr Geld ins System und finanzielle Stärkung der Apotheken vor Ort!**